



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. Januar 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Corinne Ruesch

Traktanden	Laufnummer
------------	------------

- | | |
|---|---------------------------------|
| 1. Ersatzwahlen in Kommissionen GPK und BPK gemäss Vorschlag GL
Ersatzwahlen in Kommissionen BPK und Fiko gemäss Vorschlag SP
://: <i>Wahlvorschläge antragsgemäss genehmigt.</i> | 2008/38
2008/40 |
| 2. Bericht des Stadtrates betreffend Reklamereglement-Teilrevision
://: <i>Überweisung an GoR.</i> | 2005/46
2005/46a
2005/46b |
| 3. Projekt Velostation / Soziales, berufliche Eingliederung und Betrieb
Projekt Velostation / Kredit für Infrastrukturkosten
://: <i>Überweisung an BPK.</i> | 2008/7
2008/7a
2008/7b |
| 4. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer
namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ausbau des Mobilfunk-
netzes
://: <i>Erledigt nach Beantwortung Stadtrat.</i> | 2008/8
2008/8a |
| 5. Postulat des Einwohnerratsbüros betreffend Mobilfunkantenne auf dem
Gitterli
://: <i>Überweisung an Stadtrat.</i> | 2008/36 |
| 6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Stoll na-
mens der SP-Fraktion betreffend Aufbau eines effizienten Stadtmarke-
tings
://: <i>Erledigt nach Beantwortung Stadtrat.</i> | 2008/34 |
| 7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann
namens der SP-Fraktion betreffend Strukturwandel in der Liestaler Alt-
stadt und zur zusätzlichen Aufwertung als attraktives Wohnquartier, was
wiederum Kunden bringt
://: <i>Erledigt nach Beantwortung Stadtrat.</i> | 2008/22 |
| 8. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend
Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse (als
Notlösung während der Bauzeit)
<i>Vertagt.</i> | 2008/26 |

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 9. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler, Grüne, betreffend Parkplätze unmittelbar vor dem Stedtli
<i>Vertagt.</i> | 2008/21 |
| 10. | Motion von Michael Bischof, FDP Liestal, betreffend Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz
<i>Vertagt.</i> | 2008/29 |
| 11. | Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standreglement
<i>Vertagt.</i> | 2008/27 |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung
<i>Vertagt.</i> | 2008/12 |
| 13. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal“
<i>Vertagt.</i> | 2008/19 |
| 14. | Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009
<i>Vertagt.</i> | 2008/23
2008/23a |
| 15. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept
<i>Vertagt.</i> | 2008/24 |
| 16. | Fragestunde
<i>Es wurden 8 Fragen vom Stadtrat beantwortet.</i> | - |

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohner-ratssitzung.

Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 26.11.2008 und 17.12.2008

Der Ratspräsident informiert darüber, dass vom Ratsbüro am 15.01.2009 die beiden Proto-koll der beiden letzten Einwohnerratssitzungen vom 26. November 2008 und 17. Dezember 2009 ohne Änderungen genehmigt wurden.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Zur heutigen Einwohnerratssitzung werden speziell die neuen Ratsmitglieder Elisabeth Spiess (GL) und Peter Stengle (SP) sowie Hanspeter Zumsteg (GL) willkommen geheis-sen.
- Stadtrat Peter Rohrbach wird erst ab ca. 18.00 Uhr an der heutigen Einwohnerratssitzung anwesend sein.
- Auf jedem Platz wurden 2 Flyer betreffend der Podiumsveranstaltung „Vielfalt als pädago-gische Herausforderung und Chance“ vom 29.01.2009 und Weltküche in Liestal vom 07.02.2009 aufgelegt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Die Einwohnerrat-Einschaltsitzung vom 18. Februar 2009 findet definitiv statt. An dieser Sitzung wird sich der Einwohnerrat schwergewichtig dem Entwicklungsplan 2009-2013 (Nr. 2008/13) widmen.
- Sitzungsgeld-Nachzahlungen 2008: Die Sitzungsgelder der Einwohnerratssitzungen vom 24.06.2008 und 17.12.2008 sowie sämtlicher Sitzungen 2008/2009 der Spezialkommissi-on „Familienergänzende Tagesstrukturen“ werden mit der nächsten Abrechnung für das 1. Semester 2009 nachträglich ausbezahlt und mit dem Lohnausweis 2009 deklariert.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf die Presseberichte der letzten Tage betref-fend der neuen Finanzierung der Umfahrungsstrasse H2 und informiert darüber, dass dies-bezüglich Regierungsrat Jörg Krähenbühl der Bau- und Umweltschutzdirektion BL zu einer Stadtratssitzung eingeladen wurde.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert über die Wahl und personelle Zusammensetzung der stadträtlichen Kommission „Standort Liestal“. Vom Stadtrat sind die verschiedenen Vor-stösse zum Thema Standort Liestal terminiert worden. Entgegen früherer Aussagen werden diese dem Einwohnerrat nicht als Sammelvorlage, sondern als Einzelvorlagen zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet. Der stadträtliche Bericht und Antrag betreffend der Vor-lage „Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung“ (Nr. 2007/162) wird für die März-Sitzung in Aussicht gestellt.

Stadtrat Ruedi Riesen zeigt sich erfreut darüber, dass betreffend dem Einwohnerratsbe-schluss vom 17.12.2008 bezüglich der Ortsplanungsrevision (Nr. 2006/118) vom Recht des fakultativen Referendums kein Gebrauch gemacht wurde. Im „Liestal aktuell“ vom 05.02.2009 wird über das weitere Vorgehen sowie die öffentliche Planaufgabe informiert.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert kurz über den Stand der Planung „Ziegelhof-Areal“ und stellt dem Einwohnerrat die stadträtliche Vorlage bis im Frühsommer 2009 in Aussicht. Nach der Referendumsabstimmung vom 30.11.2008 wurden weitere Gespräche geführt und es zeichnet sich ab, dass die Quartierplanung „Hanro“ mit einer Neuauflage nochmals aufgelegt wird.

Betreffend der Gewerbezone Oristal ist man an der Erarbeitung eines Richtplanes.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|-----------------|
| - Raissa Bonjour | Seite FDP |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne |
| - Vreni Wunderlin | Mitte, Büro |
-

Neue persönliche Vorstösse

- Motion von Pasa Porchet und Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion sowie Beat Gränicher der SVP-Fraktion betreffend Steuersenkung auf 60 Prozent ab 2010 (Nr. 2008/39)
 - Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum (Nr. 2009/41)
 - Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal (Nr. 2009/42)
-

Traktandenliste

Ratspräsident F. Kaufmann (SP) teilt mit, dass die verschiedenen Vorlagen thematisch zusammengefasst und traktandiert wurden. Die „Standort“-Traktanden Nr. 7 und Nr. 8 sollen erst nach dem Eintreffen von Stadtrat Peter Rohrbach um ca. 18.00 Uhr behandelt werden. Das Ratsbüro schlägt vor, dass die Vorlage Nr. 2008/40 betreffend den Ersatzwahlen in die GPK und Fiko gemäss Antrag der SP-Fraktion zusätzlich auf die Traktandenliste gesetzt wird.

://: Einstimmig wird genehmigt, dass die Vorlage Nr. 2008/40 zusätzlich mit der Vorlage Nr. 2008/38 unter dem Traktandum Nr. 1 behandelt wird.

45 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen in Kommissionen GPK und BPK gemäss Vorschlag der Grünen Fraktion (Nr. 2008/38); Ersatzwahlen in Kommissionen BPK und Fiko gemäss Vorschlag der SP-Fraktion (Nr. 2008/40)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) nimmt Bezug auf die Vorlage Nr. 2008/38 und stellt fest, dass für die Wahl der Mitglieder für die Spezialkommissionen gemäss Buchstaben c) bis e) das Büro verantwortlich zeichnet. Vom Einwohnerrat sind deshalb nur die Vorgeschlagenen gemäss Buchstaben a) und b) der beiden Vorlagen Nr. 2008/38 und Nr. 2008/40 zu wählen. Die Wahl der Spezialkommissionsmitglieder sowie Vizepräsidenten wird vom Ratsbüro während der Pause der heutigen Einwohnerratssitzung vorgenommen.

Aus dem Einwohnerrat werden keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet.

://: Die Wahlvorschläge der Grünen Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2008/38 werden einstimmig genehmigt:

a) Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ordentliches Mitglied: Hans Peter Zumsteg (GL) anstelle von Astrid Basler

Ersatzmitglied: Erika Eichenberger (GL) anstelle von Marie-Theres Beeler

b) Bau- und Planungskommission (BPK)

Ersatzmitglied: Hans Peter Zumsteg (GL) anstelle von Erika Eichenberger

://: Die Wahlvorschläge der SP-Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2008/40 werden einstimmig genehmigt:

a) Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ersatzmitglied: Peter Stengle (SP) anstelle von Claudia Roche

b) Finanzkommission (Fiko)

Ordentliches Mitglied: Peter Stengle (SP) anstelle von Claudia Roche

46 0.01.011.01 Einwohnerrat

**2. Bericht des Stadtrates betreffend Reklamereglement-Teilrevision
(Nr. 2005/46, Nr. 2005/46a, Nr. 2005/46b)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, dass das Büro die Überweisung der Vorlage an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) beantrage.

Magrit Siegrist (SVP) orientiert, dass ihre Fraktion mit dem neuen Reklamereglement nicht glücklich ist, da dieses noch mehr Regularien als das gültige Reglement enthält. Die Regeldichte des teilrevidierten Reklamereglementes ist zu gross, beinhaltet zu viele Einschränkungen und ist auch zu komplex im Vollzug. Andere Gemeinden haben, sofern sie überhaupt ein Reklamereglement besitzen, wesentlich einfacher gestaltete Reglemente. Die SVP-Fraktion stellt Antrag, dass das Reklamereglement ersatzlos gestrichen wird.

Roman Zeller (FDP) äussert, auch die FDP-Fraktion wird den Antrag der SVP unterstützen. Die Regeldichte im teilrevidierten Reglement ist zu gross und viele andere Gemeinden regeln das Wichtigste betreffend der Reklameeinrichtungen nur gerade im Zonenreglement oder beispielsweise im Polizeireglement. Verschiedene Definitionen und Begriffe im Reglement sind nicht identisch mit der kantonalen Reklameverordnung, was zu Verwirrungen führt.

Elisabeth Spiess (GL) hält fest, dass ihre Fraktion dem Vorschlag des Büros für eine Überweisung an die GoR zustimmen wird. Zum Inhalt der Vorlage wird ihre Fraktion noch später Stellungnahme nehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen begründet das komplexe Reklamereglement damit, dass mit den reglementarischen Bestimmungen zur Altstadt von Liestal Sorge getragen werden soll. Es ist logisch und nachvollziehbar, dass kleinere Gemeinden überhaupt kein Reklamereglement besitzen. Es ist nicht die Meinung des Stadtrates, dass mit der Reglementsrevision erneute „Gipfeli“-Diskussionen ausgelöst werden. Eine Beratung im Einwohnerratsplenum macht keinen Sinn und der Vorschlag des Büros für eine Überweisung an die GoR wird vom Stadtrat unterstützt. Auch die Gewerbetreibenden haben mit den neuen reglementarischen Bestimmungen Vorteile, können sich diese doch beispielsweise beim Ersatz von bestehenden Reklameeinrichtungen grundsätzlich auf den Besitzstand berufen. Mit den Reglementsänderungen würde auch die Arbeit der Stadtbauamtverantwortlichen vereinfacht und die Notwendigkeit von Augenscheinnahmen sowie Entscheiden von stadträtlichen Kommissionen stark minimiert.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass ihre Fraktion den Vorschlag des Büros für eine Überweisung der Vorlage an die GoR unterstützt. Mit der Vorlage erfüllt der Stadtrat schliesslich auch einen parlamentarischen Auftrag betreffend einer hängigen Motion aus dem Jahre 2005.

Regula Nebiker (SP) legt dar, dass auch in ihrer Fraktion die Notwendigkeit des Reklamereglementes thematisiert wurde. Die Argumente betreffend einer Überreglementierung müssten von der GoR überprüft werden. Doch soll die GoR nicht ein neues Reglement schreiben, sondern gegebenenfalls dem Einwohnerrat einen Rückweisungsantrag unterbreiten. Im Zusammenhang mit der Überweisung müsste die Kommission die Aufgabe erhalten, andere Lösungsvarianten zu prüfen und Vergleiche mit anderen Gemeinden anzustellen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, dass über den Antrag der SVP-Fraktion betreffend einer ersatzlosen Streichung des Reklamereglementes an der heutigen Sitzung nicht abgestimmt werden kann. Für die Reglementsauflhebung müsste eine Motion eingereicht werden. Der Antrag der SVP müsste deshalb auf Rückweisung oder auf Nicht-Eintreten auf das Geschäft umformuliert werden.

Margrit Siegrist (SVP) präzisiert ihren Antrag dahingehend, dass auf das Geschäft nicht eingetreten werden soll.

://: Mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Antrag der SVP-Fraktion auf Nicht-Eintreten mehrheitlich abgelehnt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass sich der Einwohnerrat jetzt zum Antrag des Büros betreffend der Überweisung der Vorlage an die GoR äussern kann.

Philipp Senn (SP) gibt bekannt, dass die SP-Fraktion den Antrag des Büros unterstützt. Von der GoR müsste natürlich schon die Notwendigkeit eines gemeindeeigenen Reglementes geprüft werden. Gegebenenfalls ist die kantonale Gesetzgebung ausreichend.

Paul Pfaff (SVP) meint, dass ein Reklamereglement für Liestal Sinn macht, doch nicht in dieser Fülle. Die GoR müsste der Verhältnismässigkeit der reglementarischen Bestimmungen die gebührende Beachtung schenken.

://: Der Bericht des Stadtrates betreffend der Reklamereglement-Teilrevision wird einstimmig an die GoR überwiesen.

47 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Projekt Velostation (Nr. 2008/7) – Soziales, berufliche Eingliederung und Betrieb: Bericht Stadtrat (Nr. 2008/7a); Kredit für Infrastrukturkosten: Bericht Stadtrat (2008/7b)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, dass das Büro die Überweisung beider Vorlagen an die Bau- und Planungskommission (BPK) beantrage.

Dieter Epple (SVP) erklärt, dass die SVP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung beider Geschäfte stellt. Der Rückweisungsantrag wird damit begründet, dass die Kosten zu hoch sind, sich die Stadt für das Projekt nicht so stark engagieren und einbinden muss, die Mietpreise zu hoch sind und langfristig ist auch kein Selbstfinanzierungsgrad ersichtlich. Seine Fraktion befürwortet das Projekt Velostation mit sozialen Eingliederung und finanziellen Starthilfe. Dies jedoch ohne wiederkehrende Kosten und in einer abgespeckten Form.

Daniel Spinnler (FDP) dankt für die Zweiteilung der ursprünglichen Vorlage. Bei den nun vorliegenden zwei Vorlagen sind die Argumentarien im Zusammenhang mit dem Rückweisungsbeschluss an der Einwohnerratssitzung vom 20.08.2008 nur teilweise berücksichtigt und erfüllt worden. Das Projekt ist nach wie vor zu teuer und die Notwendigkeit eines Kaffee-Kiosk als Dienstleistungsangebot ist fraglich. Die veranschlagten Mietpreise sind verglichen mit denjenigen beim Bahnhofplatz Basel zu hoch. Der Overhead-Beitrag ist im Businessplan nicht ausgewiesen. Mit den wiederkehrenden grösseren Kosten könnten auch andere soziale Projekte gut finanziell unterstützt werden. Der Rückweisungsantrag der SVP wird von seiner Fraktion unterstützt.

Jürg Holinger (GL) äussert Bedenken, ob die SVP- und FDP-Fraktion tatsächlich eine Velostation beim Bahnhof wollen. Die Glaubwürdigkeit des Einwohnerrates ist nach dem erneuten Rückweisungsantrag fraglich. Alle Parteien sind in der BPK vertreten und diese Kommission hat bereits Einladungen zu einer Informationsveranstaltung vom 02. Februar 2009 verschickt. Nach einer Überweisung der beiden Vorlagen an die BPK sollte man sich Zeit zur Beurteilung der beiden komplexen Vorlagen nehmen und auch die erwähnte Informationsveranstaltung abwarten.

Erika Eichenberger (GL) hält ergänzend fest, dass auch sie sich bei einem Besuch in Burgdorf davon überzeugen konnte, dass es sich um ein professionelles Projekt handelt. Fragen und Bedenken können noch an der erwähnten BPK-Informationsveranstaltung thematisiert werden. Mit der Projektrealisierung könnte auch der Sockelbetrag in der Sozialhilfe gekürzt und die Wiedereinführung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.

Regula Nebiker (SP) macht darauf aufmerksam, dass auch ihre Fraktion beispielsweise die Kostenfragen in der Kommissionsberatung vertieft klären möchte. Eine erneute Rückweisung der beiden Vorlagen ohne jegliche inhaltliche Diskussionen wäre aber unfair.

Hans Brodbeck (FDP) kann als BPK-Mitglied darüber berichten, dass in der Vorlage betreffend dem Postplatz der Wegfall der Veloparkplätze bei der Platzneugestaltung vorangezeigt wird. Das Projekt Postplatz kann nur realisiert werden, wenn auch der nötige Kredit für die Schaffung von Veloparkplätzen im Zusammenhang mit der Velostation bewilligt wird. Somit kann auch nicht die Rede von einem Velostation-Provisorium sein, da die Veloparkplätze nötig sind.

Ernst Burkhardt (SP) ruft die frühere Veloparkplatz-Situation beim Bahnhof in Basel in Erinnerung. Die Parkiersituation für die Zweiräder hat sich dort nach dem Erstellen der Veloabstellplätze im Parkhaus beim Bahnhof massiv verbessert. Das Erfolgsmodell in Basel ist selbsttragend und bedingt bereits die Planung zusätzlicher Veloabstellplätze, da auch vermehrt auf den öffentlichen Verkehr umgestiegen wird. Selbstverständlich ist auch beim vorliegenden Projekt ein gewisses Wagnis unbestritten, doch auch bei einem Scheitern würde zumindest die Infrastruktur für die Veloparkplätze erhalten bleiben. Eine Überweisung der beiden Vorlagen an die BPK wird empfohlen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die vorgängige Aussage von Ratsmitglied Hans Brodbeck betreffend den fehlenden Veloparkplätzen beim Bahnhof und stellt fest, dass seine Fraktion den Rückweisungsantrag nicht unterstützen kann. Mit einer weiteren Rückweisung des Geschäfts wird das Problem betreffend der Veloparkplätze beim Bahnhof auch nicht gelöst, was in Kürze zu einem Scherbenhaufen führen dürfte.

Jürg Holinger (GL) weist betreffend den erwähnten Infrastrukturkosten darauf hin, dass mit dem Angebot von Schliessfächern ein Kundensegment angesprochen wird, welches dank dem erweiterten Angebot zusätzlich auf den öffentlichen Verkehr umsteigen dürfte. Unbestritten ist sicher auch, dass die Schaffung von Veloparkplätzen günstiger als die Realisierung von Autoparkplätzen ist. Der in Burgdorf eingeführte Hauslieferdienst hat zum Resultat geführt, dass 21 Prozent der Hauslieferdienstkunden vom Auto auf das Velo umgestiegen sind. Mit dem Velostation-Projekt würden auch sinnvolle Arbeitsloseneinsätze zu Gunsten eines gemeindeeigenen Projektes der mitfinanzierenden Stadt Liestal erbracht.

Daniel Spinnler (FDP) findet nach wie vor die Kosten zu hoch und stört sich vor allem an den Overhead-Beiträgen, welche zur Betreiberin der Velostation fliessen, jedoch nicht ausgewiesen werden. Mit einer Anschubfinanzierung könnte sich seine Fraktion noch einverstanden erklären. Er selber besitzt kein Auto und zählt sich auch zu denjenigen Velofahrern, die von einer Velostation profitieren könnten. Eine Projektredimensionierung mit Kostenminimierung ist nötig. Ferner stellt sich ihm die Frage, ob denn überhaupt 10 Leute für den Betrieb der Velostation zur Verfügung stehen.

Peter Stengle (SP) legt dar, als neues Einwohnerratsmitglied erfreut von den beiden Vorlagen Kenntnis genommen zu haben. Als Abteilungsleiter der Sozialen Dienste in Reinach ist ihm auch die Situation in Liestal betreffend den Langzeitfällen der Sozialen Dienste in Liestal bekannt. Sollten bei der Velostation 10 Leute beschäftigt beziehungsweise diesen eine Tagesstruktur gegeben werden können, so wäre dies bereits ein Erfolg. Betreffend der erwähnten Overhead-Kosten sei festgehalten, dass der Sockelbeitrag projektunabhängig immer gleich gross ist.

Elisabeth Spiess (GL) nimmt Bezug auf die Personalfrage von Daniel Spinnler und führt aus, dass auch in der Privatwirtschaft nicht zuerst das Personal gesucht und erst in einem zweiten Schritt die Firma gegründet wird.

Stadtpräsidentin Regula Gysin unterstützt den Vorschlag für eine Überweisung der beiden Vorlagen, damit die Detailfragen in der Kommissionsarbeit thematisiert werden können. Dem vorliegenden Projekt soll eine Chance gegeben werden, ist doch bereits vor rund 10 Jahren in Liestal ein Velostation-Projekt leider wegen der Raumproblematik gescheitert. Der Stadtrat hatte in der Kleinstadtgemeinde Burgdorf das Velostationprojekt kennen gelernt. Mit den beiden Vorlagen ist der Stadtrat auch den mehrmaligen Aufrufen des Einwohnerrats für die Initiierung von Projekten im Sozialhilfebereich nachgekommen. An der Informationsveranstaltung vom 02. Februar 2009 ist dann auch noch Wissenswertes betreffend dem Coaching der geschützten Arbeitsplätze zu erfahren. Die Sozialhilfebehörde könnte das Projekt selbständig auch ohne Einwohnerratsbeschluss realisieren, weshalb die Vorlage Nr. 2008/7a vom Einwohnerrat auch nur zur Kenntnis zu nehmen ist.

Stadtrat Ruedi Riesen fügt hinzu, dass in Bahnhofnähe an der Sichertstrasse, beim Emma Herwegh-Platz sowie beim Postplatz Veloparkplätze geplant sind. Die Folgekosten für die Schaffung von Veloparkplätzen werden also so oder so anfallen. Die Einwände und Voten der Vorredner betreffend der Projekt- und Kostenredimensionierung werden sicher auch von der BPK ernst genommen.

Ratspräsident Franz Kaufmann erklärt die Rednerliste als geschlossen und lässt über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abstimmen.

://: Mit 9 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen wird der Antrag der SVP-Fraktion auf Rückweisung mehrheitlich abgelehnt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, dass sich der Einwohnerrat jetzt zum Antrag des Büros betreffend der Überweisung der beiden Vorlagen an die Bau- und Planungskommission BPK äussern kann.

Daniel Spinnler (FDP) ruft die BPK dazu auf, bei der Beratung der beiden Vorlagen insbesondere dem Dienstleistungsangebot und den Kosten ein spezielles Augenmerk zu schenken. Auch das Velostationprojekt in Liestal kann und soll wachsen. Nicht gleich von Beginn an müssen alle Dienstleistungen erbracht werden.

://: Die beiden Vorlagen des Stadtrates „Projekt Velostation / Soziales, berufliche Eingliederung und Betrieb (Nr. 2008/7a) und „Projekt Velostation / Genehmigung des Kredites für die einmaligen Infrastrukturkosten (Nr. 2008/7b) werden einstimmig an die BPK überwiesen.

Matthias Zimmermann (SP) wirbt für die BPK-Informationsveranstaltung vom 02. Februar 2009, 17.00 Uhr, Rathaus, und hofft auf ein zahlreiches Erscheinen der Einwohnerratsmitglieder, welchen das Einladungsschreiben noch übermittelt wird.

48 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ausbau des Mobilfunknetzes (Nr. 2008/8, Nr. 2008/8a)

Der Stadtrat beantwortet mit der Vorlage Nr. 2008/8a schriftlich die Fragen des Interpellanten:

Frage 1. Warum wurde dieses Baugesuch eingereicht, obwohl dieser Standort im Gesamtkonzept 2006 als wegfallend eingetragen ist?

Antwort: Bei dem Baugesuch handelt es sich um eine Erweiterung der bestehenden Mobilfunkanlage an einem bestehenden Standort vom GSM- zum UMTS-Netz. Die Anlage soll mittels Austausch der Antennen optimiert werden. Gemäss Gesamtkonzept fällt dieser Standort weg, sobald der Standort Gitterli zur Verfügung steht. Dieser Ersatzstandort steht in absehbarer Zeit aber noch nicht zur Verfügung.

Frage 2. Hat die Stadt Liestal diesem Baugesuch zugestimmt?

Antwort: Ja.

Frage 3. Was für Einsprachen wurden gegen dieses Baugesuch eingereicht?

Antwort: Es wurden diverse Einsprachen von privater Seite eingereicht. Deren Inhalt unterliegt dem Daten- und Personenschutz.

Frage 4. Wie ist der Status der geplanten Antenne auf dem Gitterli?

Antwort: Betreffend Standort Gitterli sind diverse Abklärungen und Verhandlungen am laufen.

Frage 5. Bis wann soll die Antenne auf dem Burgschulhaus stillgelegt und abgebaut werden?

Antwort: Sobald der Standort Gitterli zur Verfügung steht.

Frage 6. Was unternimmt die Stadt Liestal zum Schutz der Bevölkerung vor den schädlichen Strahlen?

Antwort: Grundlage des Schutzes bildet die eidgenössische Verordnung über den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung (NISV). Das kantonale Lufthygieneamt beider Basel überprüft die Daten im Rahmen der ordentlichen Baugesuche.

Als Koordinationsinstrument hat der Stadtrat im Dezember 2006 das Gesamtkonzept der Mobilfunkanbieter beschlossen. Dieses dient als Grundlage für die Beurteilung weiterer Baugesuche und wird laufend nachgeführt. Inhalt sind die bestehenden, die geplanten und die wegfallenden Antennenstandorte.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) hält fest, er sei von den stadträtlichen Antworten nur teilweise befriedigt und habe noch einige Bemerkungen anzubringen. Das vom Stadtrat beschlossene Konzept dient nur im Rahmen von Baugesuchsverfahren, doch auch dieses nützt wenig, wenn schlussendlich die Strahlenbelastungen zu hoch sind. So ist beispielsweise im Strassenverkehr mit dem Aufstellen von Höchstgeschwindigkeitstafeln auch nicht garantiert, dass damit auch die Grenzwerte eingehalten werden. Vom Stadtrat wird erwartet, dass dieser in Zusammenarbeit mit dem Kanton die Einhaltung der effektiven Strahlenwerte periodisch überprüft und kontrolliert.

Regina Vogt (FDP) unterstreicht die Aussagen des Interpellanten. Auch ihre Fraktion ist mit den stadträtlichen Antworten nur teilweise befriedigt. Sie hofft, dass vom Stadtrat mit dem neuen Postulat Nr. 2008/36 konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet werden.

Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, mehrere Gemeinden haben das Konzept der Stadt Liesental betreffend den Mobilfunkanbietern übernommen. Das im Jahre 2006 beschlossene Konzept ist erstellt worden, nachdem mögliche reglementarische Bestimmungen im Zusammenhang mit den Zonenvorschriften nicht möglich waren. Das Konzept ist in Zusammenarbeit mit dem Kanton und den Mobilfunkanbietern erstellt worden und soll dazu dienen, dass betreffend den Antennenstandorten Einfluss genommen werden kann. So soll die Antenne beim Burg-Schulhaus durch die neue Antenne im Gitterli ersetzt werden und auch betreffend der Antenne beim Gestadeck-Schulhaus wird noch ein Alternativstandort gesucht. Für die Einhaltung der Strahlenwerte ist der Kanton zuständig, welcher periodisch Kontrollmessungen durchführt. Eine allseits befriedigende Lösungsfindung ist nicht möglich, denn schliesslich haben bald alle ein Handy, doch duldet niemand die Antennen für deren Betrieb.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch im Landrat sind einige Vorstösse betreffend Mobilfunkantennen hängig.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) spricht sich für vermehrt Transparenz aus, indem beispielsweise die Resultate der durchgeführten Messungen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, dass der Kanton noch dieses Jahr die Resultate der Strahlenmessungen im Internet veröffentlichen wird.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

49 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Postulat des Einwohnerratsbüros betreffend Mobilfunkantenne auf dem Gitterli (Nr. 2008/36)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat – Mobilfunkantennen auf dem Gitterli

Zum genannten Thema wurde am 26. November 2008 dem Büro des Einwohnerrates eine Petition mit gegen 400 Unterschriften übergeben. Da offenbar gleich mehrere Mobilfunkanbieter beabsichtigen, auf einem Mast der Sportanlage Gitterli Antennen zu installieren, äussern die Bewohner in der Bittschrift ihre grosse Besorgnis.

In ihrer Petition weist die Interessengemeinschaft IG Rosen darauf hin, dass ihr Quartier durch die Umsetzung des Verkehrskonzeptes bereits stark belastet ist und dass durch die geplanten Antennenanlagen die Lebensqualität weiter beeinträchtigt werden dürfte.

Der Inhalt der Petition ist nachvollziehbar und begründet. Das Büro macht deshalb Gebrauch von dem im Geschäftsreglement vorgesehenen Weg (§ 51a Absatz 4), wonach eine Petition dem Stadtrat als Postulat überwiesen werden kann.

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, inwieweit den Anliegen der Petitionäre Rechnung getragen werden kann, bzw. inwieweit die zu erwartenden Immissionen vermindert werden können (allenfalls durch dezentrale Installation der Anlagen).

Wir danken dem Stadtrat für seine Bemühungen.

12. Dezember 2008

Für das Büro des Einwohnerrates
Franz Kaufmann

Petitionstext (Rückseite der Vorlage)

Mehrere Mobilfunkbetreiber beabsichtigen, auf einem Mast der Sportanlage Gitterli eine Mehrfach-Mobilfunkantenne zu installieren. Die folgenden unterzeichnenden Einwohnerinnen und Einwohner von Liestal sowie Sporttreibende auf dem Gitterli sind besorgt über die zu erwartenden Immissionen der geplanten Mobilfunk-Anlage. Selbst bei Einhalten der Grenzwerte gemäss den gesetzlichen Bestimmungen sind gesundheitliche Beeinträchtigungen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Sporttreibenden nicht auszuschliessen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Rosenquartiers sowie die Sporttreibenden sind bereits durch die Umsetzung des neuen Liestal Verkehrskonzeptes erheblich belastet und wehren sich gegen weitere Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität.

Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, auf die Bewilligung der geplanten Mobilfunkantenne zu verzichten.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) beantragt auftrags des Büros die Überweisung des Postulates beziehungsweise der früheren Petition der IG Rosenquartier an den Stadtrat.

Erika Eichenberger (GL) gibt bekannt, dass ihre Fraktion einstimmig den Vorschlag unterstützt. Der Stadtrat wird zu einer offensiven Informationspolitik aufgerufen. Grundsätzlich sprechen sich die Grünen für einen restriktiven Netzausbau aus und die beim vorgängig behandelten Traktandum vom Stadtrat in Aussicht gestellten Kontrollen sind unbedingt durchzuführen.

Hansrudolf Schafroth (SVP) äussert, seine Fraktion stimme einer Überweisung des Postulates an den Stadtrat ebenfalls einstimmig zu. Erfreut wird davon Kenntnis genommen, dass die Anliegen der Petitionäre und der IG Rosenquartier ernst genommen werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch ihre Fraktion befürworte die Postulatsüberweisung. Dem Anliegen der Rosenquartier-Bewohner ist die gebührende Beachtung zu schenken, zumal dieselbe Anwohnerschaft schon mit der neuen Verkehrsführung Einschränkungen betreffend ihrer Lebensqualität erfahren mussten.

Vreni Wunderlin (FDP) schliesst sich den Vorrednern an. Auch die FDP-Fraktion befürwortet die Postulatsüberweisung an den Stadtrat.

Matthias Zimmermann (SP) informiert darüber, dass sich auch seine Fraktion für eine Überweisung des politischen Vorstosses an den Stadtrat ausspricht.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass sich der Stadtrat mit der Entgegennahme des Postulates einverstanden erklären kann.

://: Das Postulat betreffend der Mobilfunkantennen auf dem Gitterli wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

50 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffen Aufbau eines effizienten Stadtmarketings (Nr. 2008/34)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zum Aufbau eines effizienten Stadtmarketings

Im Jahre 2006 hat der Stadtrat zwei Interessensgruppen zum Thema Standortmarketing Liestal gebildet. Unterteilt wurde in die Bereiche Altstadt und Gewerbestadt. Mit dieser Massnahme sollten Ideen und Vorschläge erarbeitet werden, um die Entwicklung in und um das „Stedtli“ positiv zu beeinflussen.

In der Einwohnerratssitzung vom August 2008 stellte der Stadtrat dem ER demnächst ein Gesamtpaket mit den Resultaten dieser zweijährigen Arbeit in Aussicht, da Einzelmassnahmen nur zum Teil zu befriedigenden Ergebnissen führen würden. Stadtmarketing sei umfassend zu sehen.

Vergleichbare Schweizer Kleinstädte verfügen im Gegensatz zu Liestal über ein eigenständiges Departement oder ein Ressort Wirtschaft und/oder Stadtmarketing. Die politischen Ansprechpartner und die Zuständigkeiten werden so klar definiert.

Mit dem positiven Manor-Bescheid ist ein effizientes und gemeinschaftlich getragenes Stadtmarketing von grosser Bedeutung.

Dazu meine Fragen:

- 1. Wann werden dem ER die Resultate und das Gesamtpaket der oben erwähnten Arbeitsgruppen unterbreitet?*
- 2. Sind konkrete Vorschläge und Ideen schon vorhanden und könnten in nächster Zukunft umgesetzt werden? Wenn ja, welche?*
- 3. Wie ist die Zuständigkeit in Bezug auf Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung im jetzigen Stadtrat geregelt ?*
- 4. Ist der Stadtrat bereit, ein eigenes Departement oder Ressort Stadtmarketing/Wirtschaft zu bilden, um so Zuständigkeit und Ansprechperson klar zu definieren?*

Hanspeter Stoll - Nardin

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung. Frage 3: Der Stadtrat redet nicht von Stadtmarketing, sondern von „Standort Liestal“. In einer ersten Phase hatte der Gesamtstadtrat an den Besprechungen teilgenommen. Neu zeichnen Stadtpräsidentin Regula Gysin und Stadtrat Peter Rohrbach als Delegierte des Stadtrates verantwortlich. Frage 1: Das Thema ist sehr vielfältig und Aspekte wie Parkplätze, Parkgebühren, Netzwerk Altstadt können nicht in einem Gesamtpaket abgehandelt und beantwortet werden. Der Stadtrat wird jeden Vorstoss einzeln im Einwohnerrat beantworten. Der Zeitplan betreffend der Beantwortung aller pendenten Vorstösse ist erstellt. Die neue stadträtliche Kommission „Standort Liestal“ ist eine beratende Kommission, deren Vorschläge in den normalen politischen Prozess eingeschleust und gegebenenfalls im Einwohnerrat von den zuständigen Departementen vertreten werden. Frage 2: Die Motion betreffend Parkplatzgebühren ist umgesetzt. Herr Peter Küng wird sich als neuer „Innenstadtkoordinator“ Problemen und Fragen im Umkreis des Zentrums annehmen. Im Jahresprogramm 2009 ist das Ziel festgehalten, dass betreffend der Parkplatzfragen ein Konsens mit allen interessierten Kreisen zu finden ist.

Frage 4: Es ist nicht vorgesehen, dass ein eigenes Departement gebildet und eine neue Stelle mit Fix- und Folgekosten geschaffen wird. Bei Bedarf wird die Schaffung einer zusätzlichen Stelle nochmals geprüft, doch aktuell die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel projektbezogen eingesetzt. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass auch andere Gemeinden mit Altstädten schon viel Geld und Enthusiasmus für Stadtmarketing etc. ausgegeben haben. Oftmals werden aber grosse Projekte auf kleinere Massnahmen und Schritte runtergebrochen. Beim Stadtmarketing gibt es nicht „die“ Lösung oder richtige Massnahme, welche überall und allgemein angewendet werden könnte.

Hanspeter Stoll (SP) dankt für die Antworten und wünscht die Diskussion. Den Vorstoss hatte er eingereicht, da die diesbezüglichen Informationen aus dem Stadtrat nach der Arbeitsgruppenbildung vor zwei Jahren ausgeblieben sind. Mit den Antworten des Stadtrates ist er nicht ganz zufrieden, da nur gerade der Parkgebührenerlass vom Stadtrat bewilligt und umgesetzt worden ist. Und es ist nicht einmal sicher, ob dieser Entscheid mit Gebührenmindererinnahmen von CHF 400'000.— schlussendlich sinnvoll war. Es ist wichtig, dass heute und jetzt etwas unternommen wird. Doch den Worten von Stadtrat Peter Rohrbach konnte er soeben eine gewisse Resignation entnehmen. Mit seinem Vorstoss wollte er nicht die Schaffung einer Stelle zur Diskussion bringen, sondern vielmehr, dass der Stadtrat sich Gedanken betreffend den Zuständigkeiten macht. Er selbst kann auch keine Lösungen präsentieren, doch muss zur Wiederbelebung des Stedtlis etwas unternommen werden. Er zählt einige Fragen und Ideen auf, die nicht alleine in einem Zusammenhang mit der Parkplatzproblematik im Stedtli stehen: Was passiert mit der Rathausstrasse im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Manor-Neubau? Könnten die Aussenquartiere mit besseren Busverbindungen ins Stedtli nicht besser an den öffentlichen Verkehr angebunden und diese zu vermehrten Einkäufen in Liestal animiert werden? Könnten betreffend der Mietzinse für die Gewerbetreibenden sowie dem Angebots-Mix nicht neue Ideen zusammen mit den Gewerbetreibenden und Liegenschaftsbesitzern geprüft werden? Könnten die Einkäufe nicht mit einem Wägeli zum Auto auf dem Parkplatz transportiert werden? Liestal sollte Zeichen setzen und der Stadtrat wird zu vermehrtem Mut ermuntert.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) bemerkt, aus dem Einwohnerrat können nun weitere Fragen und Meinungen kundgetan werden, zu welchen der Stadtrat dann am Schluss nochmals Stellung nehmen wird.

Jürg Holinger (GL) zeigt sich enttäuscht über die mangelnde Substanz der stadträtlichen Antworten. So hätte man doch gerne Konkretes bezüglich der Amtseinsetzung und den Aufgaben des neuen Innenstadtkoordinators erfahren. Leider wurde vor zwei Jahren ein Vorschlag betreffend der Schaffung einer möglichen Ideen-Werkstatt im Einwohnerrat abgelehnt. Betreffend Sinn oder Unsinn der vom Stadtrat beschlossenen Parkgebühren-Reduktion mit Mindereinnahmen von rund CHF 400'000.— schliesst man sich dem Votum des Interpellanten an.

Paul Finkbeiner (SVP) bemerkt, auch er sei in einer der Standortmarketing-Arbeitsgruppe tätig gewesen. Die Arbeitsgruppen-Gesprächspunkte dürften Sinn und Zweck einer Ideenwerkstatt abgedeckt haben. Die Beantwortung der verschiedenen politischen Vorstösse in einem Gesamtpaket ist gar nicht möglich, da permanent neue Ideen sowie Vorschläge eintreffen und deshalb eine Einzelbehandlung Sinn macht.

Michael Bischof (FDP) weist darauf hin, dass er bereits ungefähr im Jahr 1995 ein Postulat zum Thema Stadtmarketing eingereicht hatte. Die Aussagen der Vorredner können seinerseits unterstützt werden. Die stadträtlichen Antworten des Stadtrates waren sehr vage und unbestimmt. Stadtrat Peter Rohrbach kommt aus der Marketingbranche und deshalb hatte er von ihm an der heutigen Sitzung doch konkretere Aussagen erwartet. Wäre man beispielsweise im Besitz eines kleinen Marketingkonzeptes oder einer Strategie gewesen, so wäre vermutlich auch der Ziegelhof-Wettbewerb anders gelaufen.

Die Bündelung von Massnahmen zur Stützung des Gewerbes bzw. die Ausarbeitung von Marketingmassnahmen müsste spätestens nach der bevorstehenden Fusion der IGL mit dem Gewerbeverein in Angriff genommen werden. Das vom Stadtrat im Dezember umgesetzte Gratisparking ist vom Marketingstandpunkt aus gesehen höchst dilettantisch umgesetzt worden. Der Entscheid ist viel zu spät gefällt und darüber zu wenig informiert worden, somit konnte für ein besseres Weihnachtsgeschäft gar nicht mehr geworben und der Stadtratsentscheid genutzt werden. Zudem kann von keiner Marketingmassnahme die Rede sein, da das günstigere Parkieren vom Stadtrat nur wegen dem politischen Druck von FDP und SVP beschlossen wurde. Leitlinien im Sinne des Interpellanten sind nötig, damit diese dann auch implementiert werden können.

Matthias Zimmermann (SP) konnte den Ausführungen von Stadtrat Peter Rohrbach wenig Enthusiasmus entnehmen, welcher aber nötig wäre, wenn man tatsächlich Fragen betreffend dem Leben und der Wirtschaft in Liestal angehen möchte. Bereits nach seinem Zuzug in Liestal vor 12 Jahren hatte er sich als Neuzuzüger für eine Mitwirkung in einer Stadtmarketing-Kommission eingesetzt. Das Ganze ist nach ein paar Sitzungen versandet. Auch eine anschliessend neu gebildete Kommission war schon bald nicht mehr aktiv. Viele Leute wurden dann zu einem Workshop im Stadtsaal eingeladen und die dannzumal gebildeten Arbeitsgruppen hatten auch wieder nichts mehr gehört. Eine professionelle Projektbegleitung mit einem Konzept und roten Faden ist nötig, damit man schlussendlich zum Ziel kommt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu den verschiedenen Voten aus dem Einwohnerrat Stellung: Gemäss neuesten Erkenntnissen belaufen sich die Mindereinnahmen an Parkiergebühren auf rund CHF 250'000.— und nicht auf CHF 400'000.--. Die von Matthias Zimmermann erwähnte Wirtschaftskommission ist vor Amtsantritt der heutigen Stadtratsmitglieder aufgelöst worden. Stadtpräsidentin und Stadtverwalter besuchen regelmässig ortsansässige Firmen zur Kontaktpflege. Die von Paul Finkbeiner erwähnten Arbeitsgruppen wurden aufgelöst, da mit solch vielen Leuten ein effizientes Arbeiten nicht möglich war. Deshalb wurde vom Stadtrat die Kommission „Standort Liestal“ gebildet. Der Stadtrat schafft die Rahmenbedingungen, für die Anliegen der Unternehmungen sind bewusst auch Vertreter des Gewerbes in die Kommission gewählt worden. Konkretes kann über die Kommissionstätigkeit nach einer ersten Sitzung noch nicht berichtet werden. Innenstadtkoordinator Peter Küng ist auf Vorschlag der IGL Liestal sowie des Gewerbevereins Liestal angestellt worden. Alle einwohnerrechtlichen Vorstösse zum Thema Standort Liestal werden vom Stadtrat mit Einzelvorlagen noch im ersten Quartal 2009 beantwortet.

Stadtrat Peter Rohrbach will auf die verschiedenen Voten nicht näher eingehen, ist aber froh über die geführte Diskussion und verschiedenen Inputs. Es müsste auch geklärt werden, wen und was man mit „Standort Liestal“ meint, da doch beispielsweise die Schaffung von familienergänzenden Tagesstrukturen ebenfalls Bestandteil einer Standortförderung ist. Auch strategisch muss man sich darüber Gedanken machen und einig werden, ob mit dem erwarteten Finanzausgleich von mindestens 1 Million Franken die Steuern gesenkt, Schulden abgebaut oder Investitionen getätigt werden sollen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) informiert, dass sich mehrere kleinere Geschäfte gegenüber ihr positiv zum stadträtlichen Entscheid betreffend dem Gratisparkieren im Dezember geäussert hatten.

Roman Zeller (FDP) legt dar, auch der Einwohnerrat muss sich betreffend der Verwendung der finanziellen Mittel bewusst werden und dem Stadtrat die diesbezüglichen Rahmenbedingungen schaffen.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

51 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Strukturwandel in der Liestaler Altstadt und zur zusätzlichen Aufwertung als attraktives Wohnquartier, was wiederum Kunden bringt

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zum Strukturwandel in der Liestaler Altstadt und zur zusätzlichen Aufwertung als attraktives Wohnquartier, was wiederum Kunden bringt

Ausgerichtet auf den Auto-Kunden wird der Detailhandel auch um Liestal immer stärker grossflächig auf „die grünen Wiese“ verlegt, weit ausserhalb der kleinstrukturierten Altstadt: Grosse Verkaufsflächen wurden vom Grossverteiler Coop in Frenkendorf eingerichtet und von der Migros in Bubendorf; gegenwärtig wird die Migros Schönthal aufgerüstet. Zudem drängen die ausländischen Billiganbieter Aldi (Lausen) und Lidl auf den Markt.

Die Liestaler Altstadt verliert immer mehr ihre Funktion als Einkaufsstadt. Dies wäre auch nicht aufzuhalten mit dem Einrichten von Parkplätzen in der Rathausstrasse, vielmehr würde dies die Attraktivität der Altstadt als Einkaufs- und Wohnstadt zusätzlich beeinträchtigen.

Liestal hat insofern noch Glück, als der Grossverteiler Coop und das Warenhaus Manor in der Altstadt grosse Läden betreiben, die Migros und der Denner in unmittelbarer Nähe. Manor plant, im Bücheli, am Rande der Altstadt ein Grosswarenhaus einzurichten. – Das alles bringt Kunden ins „Stedtli“, aber eben trotzdem zu wenige. - Viele Liestaler Ladenbesitzer jammern deshalb über Umsatzeinbussen – wie kann ihnen geholfen werden?

Das „Netzwerk Altstadt“ (www.netzwerk-altstadt.ch) schlägt eine Verbesserung der Ertragslage der innenstädtischen Liegenschaften in den Obergeschossen durch Gebäudesanierungen vor. Dadurch kann der grossen Nachfrage nach guten und komfortablen Wohnungen in der Altstadt entsprochen werden; der Liegenschaftsertrag steigt erheblich und die Miete für den Laden im Erdgeschoss kann reduziert werden. So entspannt sich die finanzielle Situation nicht nur für den Liegenschaftsbesitzer, sondern auch für den Ladenbetreiber im Erdgeschoss.

Wem gehört die Altstadt? Einerseits „gehört“ die Altstadt den Einwohnern und Bürgern Liestals, die sich mit dieser schönen mittelalterlichen Stadt identifizieren, ihre Fasnacht darin feiern, liebevoll von „eusem“ Stedtli sprechen, hier auch einkaufen. Die Stadt „gehört“ auch der Verwaltung und den politischen Behörden, die für die Gestaltung und Nutzung der Allmend verantwortlich sind. Sie gehört den Mietern der Läden mit ihren Aktivitäten und nicht zuletzt auch den Liegenschaftsbesitzern, die für die Werterhaltung verantwortlich sind. Diese letzteren gilt es zu stärken, damit die Wohnqualität im Stedtli gesteigert werden kann.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

- 1. Hat die Stadt den Überblick über die Zahl und den Zustand der Altstadtwohnungen (auch leerstehende oder kaum genutzte) oder kann sich die Stadt diesen Überblick verschaffen?*
- 2. Ist der Stadtrat bereit, sich mit dem „Netzwerk Altstadt“ kurz zu schliessen und Visionen zu entwickeln zum Thema? Alterswohnungen, Familienwohnungen, Wohnungen für Junge...*
- 3. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, mit den Liegenschaftsbesitzern der Altstadt in Kontakt zu treten, um Fragen wie „zeitgemässe Sanierung von Altstadtliegenschaften“ zu besprechen und fachliche Beratung anzubieten?*

Wir danken zum Voraus für die Beantwortung.

Ernst Burkhardt und Matthias Zimmermann

Liestal, 27. Oktober 2008

Stadtrat Ruedi Riesen informiert, der Stadtrat konnte im Zusammenhang mit dem Projekt „Wohnstadt Grenchen“ neue Erkenntnisse gewinnen und ist motiviert betreffend möglicher Lösungsansätze. Dem Stadtrat ist bekannt, dass in der Kernzone viele Obergeschosse nicht oder nur ungenügend genutzt werden. Gemäss Voranzeige des Kantons werden mit dem Bau einer Kantonalverwaltung verschiedene Arbeitsstellen und Büros im Stedtli wegfallen und somit wird der Leervolumenbestand noch weiter zunehmen. Stadtbaukommission und Energiekommission haben sich bereits mit neuen Nutzungsmöglichkeiten befasst und aktuell wird im Rahmen eines Projektes von einer Fachhochschule mit Umfrage bei den Liegenschaftsbesitzern eine Bestandesaufnahme gemacht. Zur 1. Frage: Alle Keller wurden bereits früher erfasst, wobei noch weitere Erhebungen für einen besseren Überblick nötig sind. Frage 2: Verschiedene Netzwerke werden stadtseitig genutzt und auch beim „Netzwerk Altstadt“ ist die Stadt Liestal dabei. Frage 3: Betreffend möglicher Liegenschaftssanierungen wird das Stadtbauamt die Grundstückseigentümer in der Altstadt zur gegebenen Zeit noch kontaktieren. Der Einwohnerrat wird zur gegebenen Zeit wieder informiert.

Ernst Burkhardt (SP) dankt als Interpellant dem Stadtrat für die Beantwortung seiner Fragen. Erfreut nimmt er zur Kenntnis, dass betreffend einer vermehrten Nutzung von Altliegenschaften Begeisterung und Engagement von Stadtrat und Verwaltung festgestellt werden dürfen. Dem Stadtrat wird für ein umfassendes und subtiles Vorgehen der Dank ausgesprochen.

Matthias Zimmermann (SP) dankt als Mitunterzeichner der Interpellation ebenfalls für die stadträtlichen Antworten.

Hanspeter Meyer (SVP) weiss zu berichten, dass nicht nur Liestal ein Altstadt-Problem hat. Gutes soll aber nun nicht schlecht geredet werden. Vielfach sind Hauseigentümer in einer Altstadt zum Teil hilflos und oftmals schon froh über eine fachliche Beratung.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

52 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Fragestunde

1. Frage / Elisabeth Spiess (GL): Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 21.05.2008 wurde die Motion zur Schaffung eines Partizipations-Reglements an den Stadtrat überwiesen. Wie weit ist der Stadtrat mit der Schaffung des Partizipationsreglements?

Stadträtin Marion Schafroth informiert darüber, dass ein erster Verwaltungs-Entwurf vorliegt. Derzeit ist dieser Entwurf Anlass für die Reaktivierung des seinerzeit ins Leben gerufenen Integrations-Forum. Sobald ein entsprechendes Feedback vorliegt, kann das Geschäft in weiter bearbeiteter Form letztlich dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Dies soll noch in der ersten Jahreshälfte 2009 erfolgen.

2. Frage / Vreni Wunderlin (FDP): Die neue Belagoberfläche in der Allee ist dermassen rau. Bleibt dies so? Die Verletzungsgefahr beim Umfallen, vor allem bei Kindern, erscheint mir dadurch relativ hoch.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass sich die Rauheit des Belags durch den Gebrauch vermindern wird. Der jetzige Belag befriedigt nicht und wird im Frühjahr 2009 neu eingebaut.

3. Frage / Vreni Wunderlin (FDP): Wann läuft der Vertrag mit dem Tennisclub Gitterli, welcher sich an der Kasernenstrasse befindet, aus? Wie ist das weitere Vorgehen mit diesem Areal?

Stadtrat Ruedi Riesen beantwortet die Frage damit, dass der Tennisplatz in der Zone für Sport- und Freizeitanlagen bestehen bleibt. In nächster Zeit ist keine Veränderung oder Umnutzung vorgesehen. Der Mietvertrag mit dem Tennisclub erneuert sich jeweils um 1 Jahr.

4. Frage / Margrit Siegrist (SVP): Infolge der kalten winterlichen Verhältnisse halten sich zurzeit im Warteraum im Bahnhofsgebäude viele Personen auf. Die meisten sind jedoch nicht Reisende sondern Randständige, zum Teil mit Hunden, welche den Raum aufsuchen, um sich aufzuwärmen. Regelmässig patrouillierende Bahnhofpaten, die die auffälligen Personen wegzuweisen versuchen, werden angepöbelt. Dies ist wahrlich keine schöne Visitenkarte für Liestal. Hat der Stadtrat Kenntnis von dieser „Szene“ und welche Massnahmen könnten ergriffen werden, um die Situation betreffend der Randständigen beim Bahnhof zu verbessern?

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, dass die Stadt als Leiterin des Projektes Bahnhofpaten über die Situation im Bilde ist. Alkoholkonsum im Wartesaal ist gemäss Bahnhofordnung nicht gestattet, weshalb diese Personen jeweils gebeten werden, den Wartesaal zu verlassen, sofern sie dort Alkohol konsumieren wollen. Während der bitteren Kälte wurde der Aufenthalt teilweise gestattet. Diese Situation irritierte die betroffenen Personen vereinzelt, so dass sie auf eine spätere Aufforderung, den Wartesaal zu verlassen, ablehnend reagierten, womit einzelne Bahnhofpaten Mühe bekundeten. Die Situation hat sich nun mit den wärmeren Temperaturen entschärft und wird im Hinblick auf weitere Temperaturstürze zusammen mit den Bahnhofpaten geklärt.

5. Frage / Vreni Wunderlin (FDP): Wie lange muss noch mit der Steinenbrüggli-Sanierung gerechnet werden? Auf der Umgehung ist angeschrieben, dass die Sanierung bis Ende Dezember 2008 abgeschlossen ist. Dies müsste eventuell abgeändert werden.

Stadträtin Marion Schafroth stellt fest, dass die tiefen Temperaturen die Fertigstellung der Brückensanierung verzögern. Für die nächsten wesentlichen Arbeiten werden Temperaturen von mindestens fünf Grad benötigt. Die Planung geht davon aus, dass die Arbeiten bis Ende Februar fertig sind. Die Informationstafeln werden angepasst.

6. Frage / Hanspeter Meyer (SVP): Das Hofgut Gräubern steht unter Schutz, doch die in unmittelbarer Nähe geplanten Bauten nehmen darauf keine Rücksicht. Ist der Stadtrat bereit, zu intervenieren, damit ein harmonisches Überbauungskonzept entsteht? Das Beispiel „Futuro“ zeigt, dass dies möglich ist.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, dass gemäss Zonenplan Siedlung die angrenzende Überbauung zonenkonform ist. Die kantonale Denkmalpflege hatte leider nur das Hofgut und nicht das ganze Gebiet unter Schutz gestellt. Das Hofgut Gräubern ist kantonal geschützt.

7. Frage / Sabine Sutter (FDP): In der Einwohnerratssitzung vom 31. Oktober 2007 stellte ich die Frage, ob der Stadtrat beim Kanton bezüglich dem Zivilstandsamt-Standort vorstellig werden könne. Da ich bis jetzt nichts Neues von Seite des Stadtrates erfahren habe, stelle ich nun erneut folgende Frage: Ist eine Verlegung des Standesamtes in nächster Zeit an einem befriedigenderen Standort in Sicht?

Stadtpräsidentin Regula gibt bekannt, dass diesbezügliche Kontakte mit dem Kanton stattgefunden haben. Es ist der Wunsch des Stadtrates, dass das Amt weiterhin an einem zentralen und würdigen Ort im Stedtli seinen Standort hätte. Vom Kanton werden verschiedene Varianten geprüft. Es ist anzunehmen, dass sich dieses Jahr nichts mehr ändern wird.

8. Frage / Erika Eichenberger (GL): Beim Suchen nach der Seite Integration auf der Homepage von Liestal stiess ich via „Politik“ und „Integrationskommission“ auf eine Seite mit sehr viel Text. Was kann die Verwaltung unternehmen, um diese Seite prominenter zu platzieren und anschaulicher zu gestalten?

Stadträtin Marion Schafroth informiert, dass der entsprechende Teil der Homepage umformuliert bzw. vereinfacht werden kann. Seitens der Integrationskommission wird angestrebt, auf Basis vorhandener Unterlagen und Grundlagen aus einem entsprechenden Projekt des MIGROS-Kulturprozentes die Homepage betreffend Migrationsfragen zu optimieren. Dies auch in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Integrationsbeauftragten.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann